



Zwei Pfarrer und ein Bahnhof

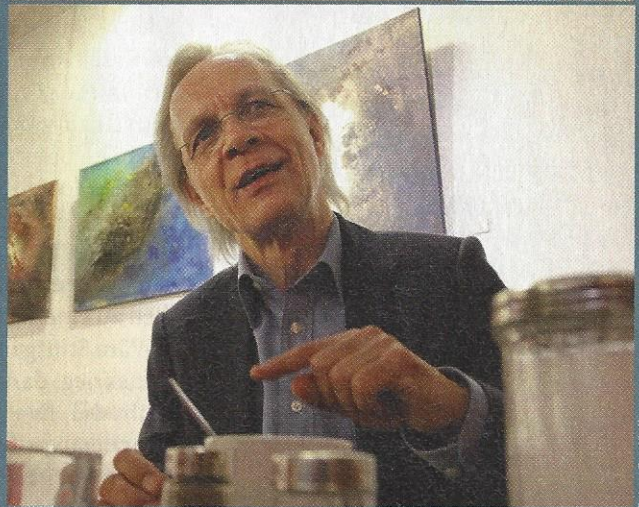
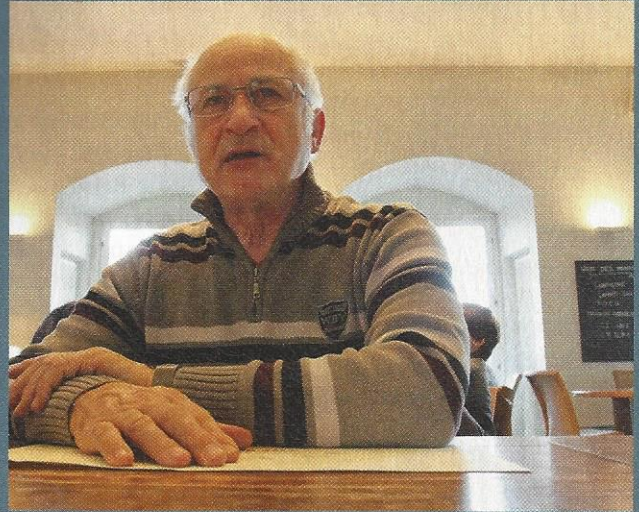
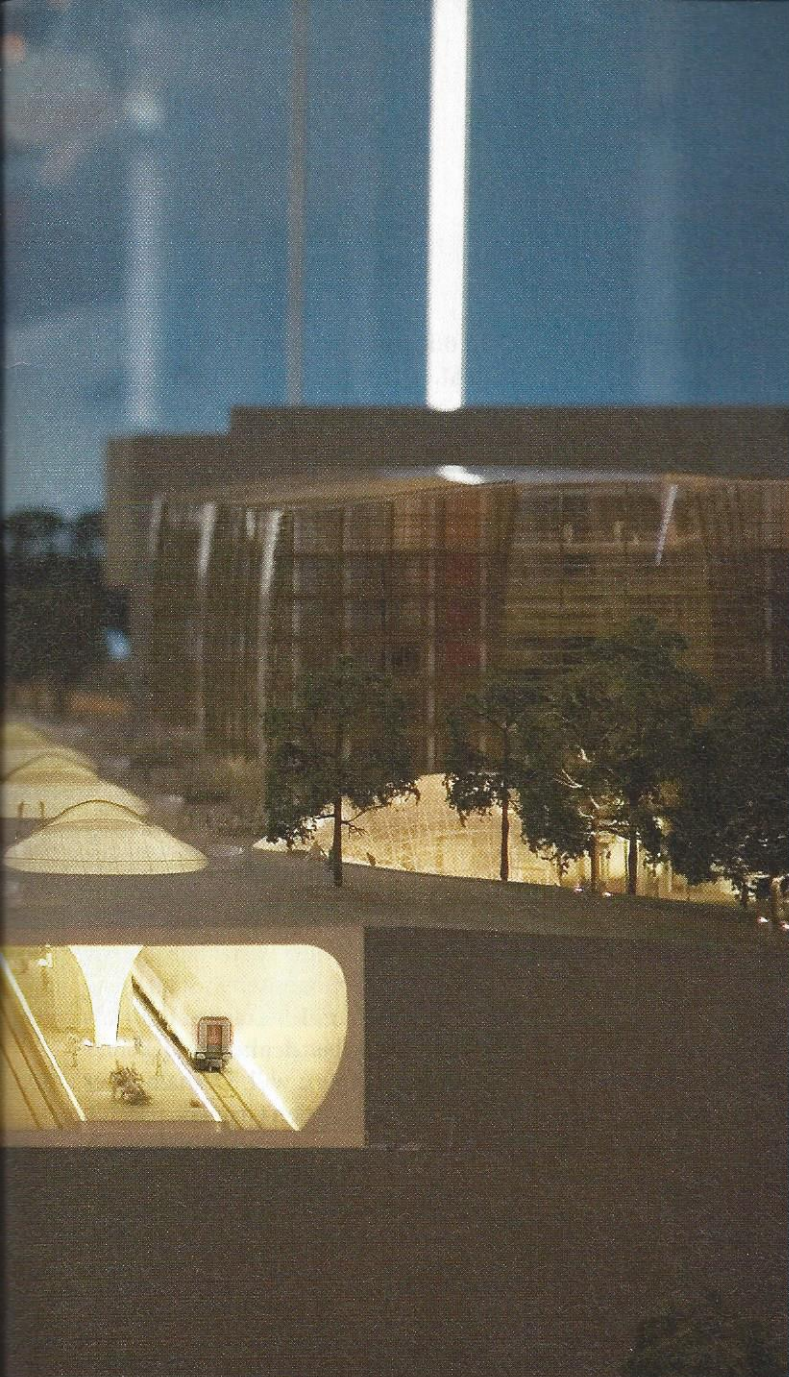
Foto: Keytone/dapd/Daniel Maurer

Vor fünf Jahren – am 2. Februar 2010 – begannen die offiziellen Bauarbeiten des umstrittenen Bahnprojekts Stuttgart 21. Die Gegner beweisen einen langen Atem und protestieren immer noch gegen den geplanten Tiefbahnhof. Zu ihnen gehört Pfarrer Martin Poguntke, der sich in der Gruppe «Theologinnen und Theologen gegen Stuttgart 21» gegen das Milliardenprojekt engagiert. Das gefällt Johannes Bräuchle, ebenfalls evangelischer Pfarrer, gar nicht. Denn er ist für Stuttgart 21.

von Eva Mell

«**M**einungsfreiheit war schon immer anstrengend – für beide Seiten!» Pfarrer Johannes Bräuchle spricht diesen Satz als Kämpfer. Er will es seinen Gegnern so schwer wie möglich machen. Aber in seinen Worten schwingt mit, dass die vergangenen fünf Jahre auch an ihm nicht spurlos vorbeigegangen sind. Der Theologe ist für Stuttgart 21. Und sein Satz zeigt, dass es bei dem Streit zwischen Gegnern und Befürwortern des geplanten Stuttgarter Tiefbahnhofs um viel mehr geht als um einen Bahnhof.

Es stehen sich zwei Lager gegenüber, die auch um demokratische Grundwerte wie die Meinungsfreiheit streiten. Zwei Lager, die für ihre Überzeugungen kämpfen, die dabei nicht weiter weg von-



Fotos: Eva Meil

So soll der Stuttgarter Tiefbahnhof einmal aussehen (links).
Pfarrer Johannes Bräuchle (oben) freut sich drauf,
Pfarrer Martin Poguntke nicht.

einander stehen könnten – und einander aufgrund ihrer grossen Entfernung auch mal anschreien müssen. Das ist auf die Dauer anstrengend.

Die 257. Montagsdemo

Vor fünf Jahren war der Baubeginn des umstrittenen, milliarden schweren Bahnprojekts. Ein Jahr zuvor haben die Gegner mit ihren wöchentlichen Montagsdemonstrationen gegen Stuttgart 21 begonnen. Ein Jahr später votierte das baden-württembergische Stimmvolk mehrheitlich dafür, dass sich die Landesregierung weiterhin an den Kosten beteiligen soll (eine umfassende Chronologie der Ereignisse um Stuttgart 21 und die Kostenentwicklung finden Sie auf den folgenden Seiten).

Wer aber glaubt, nach dem Volksentscheid wäre Ruhe in Stuttgart eingekerkert, irrt sich. An diesem Montag fand die 257. Montagsdemo gegen den Tiefbahnhof statt, im Dezember haben die Gegner dem Stuttgarter Oberbürgermeister 20 000 Unterschriften für ihr Bürgerbegehren «Storno 21» übergeben. Die Wutbürger sind immer noch wütend, und ihnen scheint keine Anstrengung zu gross zu sein, ihre Meinungen und Argumente zu verkünden.

Einer von ihnen ist Martin Poguntke. Auch er ist Pfarrer – und gehört zur Gruppe «Theologinnen und Theologen gegen Stuttgart 21», die seit Ende 2010 theologisch gegen die Bahnpläne argumentiert. Pfarrer Bräuchle sagt, er werde von dieser Gruppe als Verräter be-

trachtet. Stuttgart 21, so scheint es, hat tatsächlich die ganze Stadt gespalten – und damit auch die Stuttgarter Pfarerschaft. Und jede Seite tritt mit voller Überzeugung auf. Pfarrer Bräuchle: «Stuttgart 21 wird definitiv gebaut!» Pfarrer Poguntke: «Stuttgart 21 kann ganz sicher noch scheitern!»

Stuttgart 21 – ein Glaubenskrieg?

Wenn solche Überzeugungen aufeinanderprallen – besonders wenn zwei Theologen sprechen – liegt die Frage nahe, ob es sich bei Stuttgart 21 um einen Glaubenskrieg handelt. Immer wieder haben deutsche Medien in den vergangenen Jahren mit diesem Begriff gespielt und damit den emotionalen Charakter des Streits unterstrichen. Martin

Stuttgart 21 – eine Chronologie

Der oberirdische Stuttgarter Hauptbahnhof mit seinen sechzehn Gleisen soll in einen unterirdischen, um 90 Grad gedrehten Bahnhof mit nur noch acht Gleisen umgebaut werden. Dadurch soll der Bahnbetrieb optimiert werden, ausserdem soll die Lebensqualität steigen, indem der Stuttgarter Schlossgarten grösser wird und Flächen zur Bebauung frei werden. Kritiker bemängeln, dass Kosten und Nutzen in keinem Gleichgewicht stünden. Der finanzielle Aufwand und die nötigen Eingriffe in die Umwelt seien zu hoch. Wie sich das Projekt in den vergangenen Jahren entwickelt hat – und wie stark die Kosten gestiegen sind.

1988

Erste Planungen des Verkehrswissenschaftlers Gerhard Heimerl zu Stuttgart 21.

1995

Die geschätzten Kosten liegen bei umgerechnet rund 2,45 Milliarden Euro; Bund, Land, Stadt, Regionalverband und Deutsche Bahn AG schliessen eine Rahmenvereinbarung zur Entwicklung und Förderung des Projekts.

1999

Bahnchef Johannes Ludewig stoppt das Projekt, weil es zu teuer ist. Land, Stadt, Regionalverband und Flughafen Stuttgart bieten an, sich mit 1,3 Milliarden Mark zu beteiligen (umgerechnet rund 650 Millionen Euro).

2001

Der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn genehmigt das Projekt; im selben Jahr erwirbt die Stadt Stuttgart nahezu die gesamten durch Stuttgart 21 frei werden Flächen mit einem Gesamt-

Poguntke schüttelt den Kopf. «Es ist kein Glaubenskrieg. Aber ich beobachte, dass die Befürworter versuchen, die Diskussion von den Fakten fernzuhalten.» Denn die Fakten, betont er, sprechen gegen Stuttgart 21 – und das wüssten die Befürworter. «Weil sie aber die Fakten heraushalten, wird die Diskussion mit ihnen tendenziell zu einer Meinungsauseinandersetzung. Und das hat etwas von einem Glaubenskrieg.»

«Wenn sie kein Sachargument mehr haben, müssen sie ja auf den Glauben, das Ideologische gehen», sagt Pfarrer Bräuchle. Er selbst glaubt von sich als Befürworter freilich, gute Argumente für Stuttgart 21 zu haben. Auf die Frage, ob er tatsächlich befürchte, dass sich die Gegner im Ideologebereich aufhalten, antwortet er ohne zu zögern: «Das befürchte ich bei einigen nicht nur, das behaupte ich sogar. Und damit wird das Ganze natürlich zu einem Glaubenskrieg.»

Wäre Stuttgart 21 tatsächlich ein Glaubenskrieg, dann wäre es einer, aus dem sich die Evangelische Landeskirche Württemberg, zu der die beiden Pfarrer gehören, gerne heraushalten würde. «Unser Landesbischof will es sich mit niemandem verderben», sagt Martin Poguntke, enttäuscht darüber, dass seine Kirche

nicht öffentlich Stellung zu Stuttgart 21 bezieht. Dennoch: «Die Landeskirche lässt uns gewähren, weil sie weiss, dass wir intelligente Leute und sehr gute Argumente haben», fügt er hinzu.

Wenn sich Stuttgarter Pfarrer öffentlich für oder gegen das Bahnprojekt äussern, tun sie das also nie im Namen ihrer Kirche. Was aber treibt die beiden Theologen an, für ihre Überzeugungen einzustehen? So viel sei schon jetzt verraten: Einer von beiden wurde eher unfreiwillig als protestierender Pfarrer bekannt. Er wäre lieber nur ein engagierter Bürger.

Volksentscheid ohne Gewinner

Martin Poguntke ist ein Stuttgart-21-Gegner, wie man ihn sich vorstellt: Er war dreissig Jahre lang Mitglied bei den Grünen, sass für seine Partei im Gemeinderat des württembergischen Städtchens Weil der Stadt und betrachtet sich als Mensch, der selbst denken und keiner Partei nachplappern will. Deshalb ist er vor einiger Zeit bei den Grünen ausgetreten, weil sie ihre Überzeugungen nach dem verlorenen Volksentscheid aufgegeben hätten. Obwohl: Verloren?

Niemand habe den Volksentscheid gewonnen oder verloren, betont Martin Poguntke, denn keine der beiden Seiten



Foto: Keystone/dapd/Daniel Maurer

Auch fünf Jahre nach Baubeginn gibt es noch Proteste gegen Stuttgart 21.



Um den Stuttgarter Bahnhof herum ist derzeit eine grosse Baustelle.

habe das erforderliche Quorum von 30 Prozent der Stimmen aller Stimmberechtigten erreicht. Zur Erinnerung: Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg im Jahr 2011 waren die Grünen nach der CDU die stärkste Partei im Ländle – und hatten die Chance, in einer Koalition mit der SPD die Regierung zu bilden. Die SPD war aber im Gegensatz zu den Grünen immer für Stuttgart 21. Martin Poguntke vermutet, dass die Grünen die Volksabstimmung verlieren wollten, um regieren zu können.

Der Theologe findet, dass Stuttgart 21 ein undemokratisches Projekt ist. «Man wusste von Anfang an, dass es verkehrstechnisch schädlich ist, aber man wollte Steuergelder in die Wirtschaft pumpen.» Sein Vorwurf an die Politik: Man habe es vor allem auf die frei werdenden Flächen in der Stuttgarter Innenstadt abgesehen, die entstehen, wenn der Bahnhof unter die Erde verlegt wird. «Da haben die Leute Dollarzeichen in den Augen», sagt Martin Poguntke.

Lange Zeit war der Pfarrer unentschieden, ob er für oder gegen Stuttgart 21 sein sollte. Erst 2010, als der Protest schon im Gange war, überzeugten ihn die Argumente der Gegner. Seitdem pro-

testiert er mit ihnen – als Theologe. Denn: «Hier in Württemberg haben viele Menschen einen christlichen Hintergrund», erklärt er. «Auch wenn man sich hier längst von der Kirche entfernt hat, haben viele Menschen noch starke Erwartungen gegenüber Theologen.» Zudem ist er der Meinung, dass ein Pfarrer die Verantwortung habe, seine Gemeinde anzuleiten, ihren Glauben als Weltverantwortung zu verstehen. «Es war für mich klar, dass ich zu Fragen der Gerechtigkeit Stellung beziehen muss.» Darum geht es Martin Poguntke bei Stuttgart 21: um Gerechtigkeit, Demokratie, das Verhältnis der Obrigkeit zu ihren Bürgern. Er ist überzeugt: «Die Kirche hat die Aufgabe, darüber zu wachen, ob der Staat eine lebensdienliche Ordnung schafft, die die Schwachen schützt.» Das sei bei Stuttgart 21 nicht der Fall, weil Interessen der Wirtschaft im Vordergrund stünden.

Die Liste seiner theologischen Argumente ist lang. Dazu gehört, dass in einem zu starken Mass bei zu wenig Nutzen in die Schöpfung eingegriffen werde, dass die Schwachen – die Steuerzahler, Pendler, Behinderten – den Schaden hätten und der Mammon über alles gestellt

umfang von 109 Hektar für umgerechnet 459 Millionen Euro. Für die Kritiker ist die künftige Bebauung und Vermietung dieser Innenstadtfächen ein Hauptgrund für den Bau von Stuttgart 21.

2007

Ein Bürgerbegehren «gegen S21» wird abgelehnt, das «Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21» wird gegründet: eine Vereinigung von verschiedenen Gruppen, die sich aus unterschiedlicher Motivation heraus gegen das geplante Projekt engagieren.

2009

Ministerpräsident Günther Oettinger, Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und DB-Vorstandsmitglied Stefan Garber unterzeichnen die Finanzierungsvereinbarungen.

2009

Die geschätzten Kosten liegen bei 4,1 Milliarden Euro, im November desselben Jahres finden die ersten Montagsdemonstrationen statt.

2. Februar 2010

Die Bauarbeiten beginnen.

30. September 2010

Der «schwarze Donnerstag»: Mehrere Tausend Menschen demonstrieren gegen die vorbereitenden Massnahmen im Schlossgarten, wo 25 Bäume gefällt werden sollen. Die Polizei geht mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor. Dietrich Wagner wird von einem Wasserwerfer so stark verletzt, dass er fast vollständig erblindet. Der Polizeieinsatz hat über dreihundert Strafanzeigen gegen Polizeibeamte und 121 gegen Demonstranten zur Folge.

1. Oktober 2010

Unter den Protesten mehrerer Tausend anwesender Bürger werden die ersten Bäume im Schlossgarten gefällt. ▶

**22. Oktober
bis 27. November 2010**

Schlichtungsgespräche, moderiert von Heiner Geissler (CDU).

30. November 2010

Heiner Geissler spricht sich für den Weiterbau von Stuttgart 21 aus, verlangt aber Nachbesserungen.

März 2011

Die CDU erleidet bei der Landtagswahl eine Niederlage und verliert die Macht an ein Regierungsbündnis aus Grünen und SPD. Die Bahn lässt die Bauarbeiten einige Wochen lang ruhen.

Juli 2011

Heiner Geissler schlägt einen Kompromiss aus Kopf- und Durchgangsbahnhof vor: Der Fernverkehr sollte unter die Erde verlegt werden, der Nahverkehr oberirdisch bleiben. Die Deutsche Bahn lehnt den Vorschlag ab.

27. November 2011

Eine Volksabstimmung darüber, ob das Land Baden-Württemberg aus der Finanzierung aussteigen soll, wird mit 58,9 Prozent der gültigen Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

2012

Die Kosten werden auf rund 5,6 Milliarden Euro geschätzt.

5. März 2013

Der Finanzierungsrahmen wird auf rund 6,5 Milliarden Euro erhöht.

17. Dezember 2014

Der Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn nimmt eine Unterschriftensammlung von Stuttgart-21-Gegnern unter dem Titel «Storno 21» entgegen.

Januar 2015

Grüne und Linke fordern eine Diskussion über das umstrittene Bahnprojekt im Bundestag.

werde. Und er sagt: «Ich würde gern mal nur ein einziges theologisches Argument pro Stuttgart 21 hören. Es gibt keins.»

Pfarrer Bräuchle lächelt. «Ich kann mir sehr wohl Themen vorstellen, zu denen wir uns als Pfarrer äussern könnten – zum Beispiel zur Flüchtlingsfrage.» Für ihn war aber immer klar: Er engagiert sich als Bürger für den Tiefbahnhof, nicht als Pfarrer, theologisch will er bei diesem Thema nicht argumentieren. Obwohl, so ganz hat er seinen Pfarrertitel nie aus der Diskussion heraushalten können: «Ich bin ja in Stuttgart als Pfarrer der württembergischen Landeskirche bekannt und wurde bei Veranstaltungen zu Stuttgart 21 immer als Pfarrer Bräuchle vorgestellt.»

Ob er es wollte oder nicht, Johannes Bräuchle ist immer in Personalunion aufgetreten: als Bürger, Pfarrer – und Politiker. Der Theologe sass als Mitglied der CDU im Stuttgarter Stadtrat, als die ersten Pläne für Stuttgart 21 vorgestellt, diskutiert und beschlossen wurden. Er war von Anfang an dafür – und daran hat sich auch nichts geändert: «Die Lebensqualität wird steigen, die Entwicklungschancen der Stadt sind durch Stuttgart 21 ausserordentlich. Wenn Sie das alles betrachten, sind Sie einfach glücklich.»

Glücklich waren aber nicht alle. Und als die Gegner von Stuttgart 21 zuhauf auf die Strassen strömten, sah Pfarrer Bräuchle die Meinungsfreiheit in Gefahr. «Da waren Menschen auf der Strasse, die der Öffentlichkeit weismachen wollten, alle seien dagegen. Da musste doch wenigstens einer sagen: So stimmt es nicht! Denn die Sache der Meinungsfreiheit ist für mich eine ganz besondere.» Also mischte er sich 2010 unter die ersten Montagsdemonstranten, hielt Pro-Stuttgart-21-Schilder in die Höhe und staunte nicht schlecht, als die Frau eines Pfarrerkollegen sein Plakat entzweiriss und ausser sich geriet. Sein Vorwurf an die Protestler ist seither, sie würden konträre Meinungen nicht akzeptieren.

Eine aufgeheizte Debatte

Der Vorwurf der Stuttgart-21-Gegner gegenüber Johannes Bräuchle klingt ähnlich: «Die Art, wie er Stuttgart-21-Gegner heruntergemacht hat, ist es, weshalb er sozusagen zur Persona non grata geworden ist», erklärt Martin Poguntke.

Tatsächlich geriet Johannes Bräuchle mehrfach mit Äusserungen über die Protestierenden in die Kritik, etwa als ihm in einem Zeitungsartikel vorgeworfen wurde, er habe die Stuttgart-21-Gegner mit der Sturmabteilung (SA) während der Nazizeit verglichen. Das brachte ihm sogar zeitweise eine Suspendierung von seinem Amt in der evangelischen Kirche ein.

Verbote sind gefordert

Sein Kommentar dazu: Der Journalist habe in verfälschender Art und Weise zwei Aussagen zu verschiedenen Themen aus seinem Vortrag miteinander verbunden. Die Vorwürfe wurden wieder fallen gelassen, die Suspendierung aufgehoben, aber Pfarrer Bräuchle sagt selbstbewusst und kämpferisch: «Der Journalist hat das eine mit dem anderen stark in Beziehung gesetzt, wie es meinem Denken entsprochen hat.»

Wenn es nach Johannes Bräuchle ginge – der eigentlich sagt, er sei für die Meinungsfreiheit –, dann wäre endlich einmal Schluss mit den Protesten gegen den neuen Bahnhof, denn: «Das Volk hat gesprochen, die Beschlüsse sind gefasst.» Seiner Meinung nach sollten die wöchentlichen Montagsdemonstrationen untersagt werden. Die Gegner würden das Projekt sowieso vor allem deshalb mit Protesten hinauszögern, weil es durch die Zeitverzögerung immer teurer werde. «Dann können sie hinterher sagen: «Wir haben ja schon immer gesagt, dass die Kostenpläne nicht eingehalten werden können», vermutet Pfarrer Bräuchle. Pfarrer Poguntke hingegen meint: «Ich vermute, dass die Befürworter mittlerweile wissen, dass wir recht haben, dass sie das Projekt aber durchziehen, um ihr Gesicht nicht zu verlieren.»

Ein Ende des Streits um Stuttgart 21 ist also auch fünf Jahre nach Baubeginn noch lange nicht in Sicht. Und ein Ende der Montagsdemos auch nicht. So viel Demokratie muss Pfarrer Bräuchle aushalten. Genau wie die Protestierenden ihn aushalten müssen. «Meinungsfreiheit war schon immer anstrengend!», so Pfarrer Bräuchle. «Erst recht, wenn man die Fakten nicht auf seiner Seite hat», so Pfarrer Poguntke lächelnd.

Warum Egon Hopfenzitz, ehemaliger Leiter des Stuttgarter Hauptbahnhofs, nicht mehr die CDU wählt – und wieso er gegen das Milliardenprojekt Stuttgart 21 ist.

von Eva Mell

«Geh nicht dorthin – Stuttgart ist voller Kommunisten!»

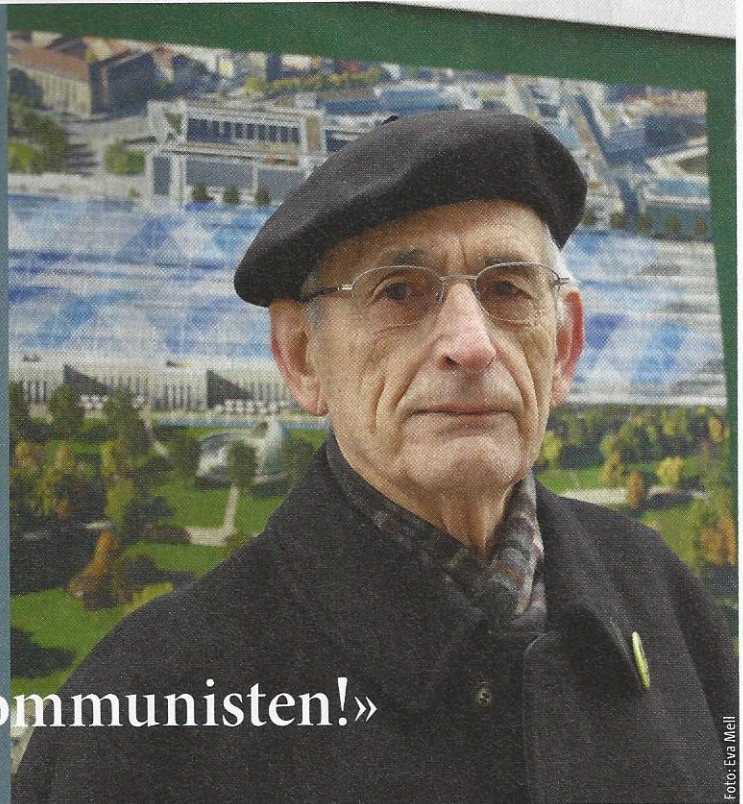


Foto: Eva Mell

Schwäbisch Gmünd ist streng katholisch, deshalb hat das württembergische Städtchen auch den scherzhaften Beinamen «Schwäbisch Nazareth» bekommen. Hier zählen Religion und Tradition – und hier wählt man die CDU. 1929 wurde Egon Hopfenzitz in diese geordneten Verhältnisse hineingeboren. Und als er seine Heimat als junger Mann verlassen wollte, um in Stuttgart eine Lehre bei der Bahn zu beginnen, warnte ihn sein Vater noch: «Geh nicht dorthin – Stuttgart ist voller Kommunisten!» Mittlerweile ist Egon Hopfenzitz im Ruhestand, in seinem 86. Lebensjahr und verrät bei einem Spaziergang um den Stuttgarter Hauptbahnhof: «Bei der letzten Wahl habe ich die Linke gewählt.» Er hätte selbst nicht gedacht, dass es einmal so weit kommen würde. Aber dann kam Stuttgart 21.

Sein ganzes Berufsleben lang stand Egon Hopfenzitz im Dienst der Deutschen Bahn, zuletzt acht Jahre lang bis 1994 als Leiter des Stuttgarter Hauptbahnhofs. Zu diesem Zeitpunkt existierten bereits Pläne für Stuttgart 21, spruchreif war das Vorhaben aber noch nicht. Als Jahre später klar wurde, was die Bahn dort tatsächlich plant, war die Sache für

Egon Hopfenzitz klar: «Wir haben hier einen Bahnhof mit 16 Gleisen, der in der Stunde 52 Züge verarbeiten kann. Wir bekommen einen neuen Bahnhof mit acht Gleisen, der nur 32 Züge verarbeiten kann. Diese Reduzierung kostet uns am Ende wahrscheinlich sieben bis zehn Milliarden Euro!» Dass Stuttgart 21 irgendwelche Vorteile haben könnte, kann ihm niemand weismachen. Er vermutet als Grund für das Milliardenprojekt: «Das Bahngelände wird teuer verkauft, da wird unendlich viel Geld verdient.»

Gefährliches Bauvorhaben

Er betont zudem, dass der unterirdische Bahnhof eine stärkere Neigung haben werde, als bei der Bahn zugelassen sei. Laut der «Stuttgarter Zeitung» sollen die rund vierhundert Meter langen Bahngleise und Bahnsteige einen Höhenunterschied von mehr als sechs Metern haben (das entspricht 15 Promille). Egon Hopfenzitz schüttelt voller Unverständnis den Kopf. Vor seinem inneren Auge sieht er rückwärtsrollende Züge, Unfälle und in jedem Fall schwierige Bedingungen für die Schaffner. Warum die Bahn solche Planungen zulassen konnte? «Im Vorstand der Bahn sind einfach keine ge-

lernten Eisenbahner mehr.» Er jedenfalls hätte solche Pläne nicht durchgewunken. Und deshalb war für ihn auch klar, dass er gegen Stuttgart 21 demonstrieren musste – so etwas hatte der einstige CDU-Wähler noch nie getan.

Am 30. September 2010, der als «Schwarzer Donnerstag» in die Geschichte von Stuttgart 21 einging, protestierte Egon Hopfenzitz mit Tausenden Tiefbahnhofsgegnern beim Schlossgarten, in dem viele alte Bäume gefällt werden sollten. Die Polizei setzte Wasserwerfer, Pfefferspray und Schlagstöcke gegen die Demonstranten ein, Egon Hopfenzitz kam klatschnass nach Hause. Im Jahr darauf wählte er bei der Landtagswahl zum ersten Mal nicht mehr die CDU, sondern die Grünen. Heute ist er auch von dieser Partei enttäuscht, die seit der verlorenen Volksabstimmung im Jahr 2011 (siehe Chronologie zu Stuttgart 21) ihren Protest gegen das Bahnhofsprojekt aufgegeben habe. Deshalb hat Egon Hopfenzitz bei der letzten Wahl – einer Gemeinderatswahl in Stuttgart – die Linke gewählt. Wenn das sein Vater wüsste! Aber wer weiss, vielleicht würde dieser ja die Entscheidung seines Sohns sogar verstehen. ■